

Protokoll über die Sitzung Nr. 3/2021 des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft der Stadt Wilhelmshaven am Montag, 15. März 2021 um 14:00 Uhr im Ratssaal

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Carsten Feist

Mitglieder Gruppe CDU/WBV

Ausschussvorsitzender Stefan Becker
Bürgermeisterin Ursula Glaser
Ausschussmitglied Martin Harms
Stellv. Ausschussvorsitzender Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig

Mitglieder SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Nurhayat Bakir
Beigeordneter Howard Jacques
Beigeordneter Jörg Mündenwarf
Bürgermeister Uwe Reese

Mitglieder Gruppe GrünUnabhängigSozial

Beigeordneter Andreas Tönjes
Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis
Ausschussmitglied Helga Weinstock

Mitglieder Gruppe FDP/FW

Ausschussmitglied Dr. Günther Schulte
Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Es fehlte entschuldigt

Beigeordneter Thorsten Moriß

Dezernenten

Erster Stadtrat Armin Schönfelder

Stadtbaurat Niksa Marusic

Stadtkämmerer Thomas Bruns

von der Verwaltung

Jürgen Janßen - Fachbereichsleitung Wirtschaft und Regionalmanagement

Julia Muth - Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination

Insa Rogel - Fachbereich Kommunikation & Koordination

Torben Müller - Fachbereichsleitung Finanzen

Jan Hülsemann - Fachbereich Finanzen

Sonstige

Michael Diers - Geschäftsführer der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH

Thomas Wispeler – Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH

Oliver Leinert - Geschäftsführer Klinikum Wilhelmshaven

Prof. Dr. Kai Goldmann – Ärztlicher Direktor Klinikum Wilhelmshaven

Protokollführerin

Jessica Zahn – Fachbereich Finanzen

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- | | | |
|------------|---|----------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit | |
| 2 | Feststellung der Tagesordnung | |
| 3 | Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 15.02.2021 | |
| 4 | <u>Vorlagen an den Rat</u> | |
| 4.1 | Stadtgutschein Wilhelmshaven | 81/2021 |
| 4.2 | Wirtschaftsplan GGS 2021 | 73/2021 |
| 4.3 | Wirtschaftsplan TBW 2021 | 62/2021 |
| 4.4 | Wirtschaftsplan 2021 der Wilhelmshavener Entsorgungszentrum und Logistik GmbH (WEL) | 66/2021 |
| 4.5 | Wirtschaftsplan 2021 der Stadtwerke Wilhelmshaven GmbH | 56/2021 |
| 4.6 | Wirtschaftsplan 2021 der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH | 57/2021 |
| 4.7 | Wirtschaftsplan 2021 der Wilhelmshaven Touristik und Freizeit GmbH | 55/2021 |
| 4.8 | Beschlussfassung zur Genehmigung des Wirtschaftsplanes 2021 des Reinhard-Nieter-Krankenhaus – Städtische Kliniken und soziale Versorgungseinrichtungen der Stadt Wilhelmshaven (RNK – Eigenbetrieb) | 54/2021 |
| 4.9 | Wirtschaftsplan 2021 der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH | 67/2021 |
| 4.10 | Haushalt 2021/2022 (inkl. Änderungsliste vom 24.02.2021) | |
| 4.10.1 | Teilhaushalt 02 - Gleichstellung | |
| 4.10.2 | Teilhaushalt 14 - Rechnungsprüfung | |
| 4.10.3 | Dezernat I - Oberbürgermeister Feist | |
| 4.10.3.1 | Teilhaushalt 03 - Wirtschaft- und Regionalmanagement | |
| 4.10.3.2 | Teilhaushalt 13 - Kommunikation & Koordination | |
| 4.10.4 | Dezernat II - Erster Stadtrat Schönfelder | |
| 4.10.4.1 | Teilhaushalt 01 - Kultur | |
| 4.10.4.2 | Teilhaushalt 30 - Recht | |
| 4.10.4.3 | Teilhaushalt 40 - Bildung und Sport | |
| 4.10.4.4 | Teilhaushalt 32 - Bürgerangelegenheiten | |
| 4.10.4.5 | Teilhaushalt 50 - Soziales | |
| 4.10.4.6 | Teilhaushalt 51 - Jugend | |
| 4.10.4.6.1 | Zuschuss zu den Sach- und Personalkosten des Vereins zur Förderung der kommunalen Prävention (VKP) in WHV | 43/2021 |
| 4.10.4.7 | Teilhaushalt 53 - Gesundheit | |
| 4.10.4.8 | Teilhaushalt 58 - Jobcenter | |
| 4.10.5 | Dezernat III - Stadtbaurat Marusic | |
| 4.10.5.1 | Teilhaushalt 36 - Umwelt- und Klimaschutz | |
| 4.10.5.2 | Teilhaushalt 37 - Feuerwehr | |
| 4.10.5.3 | Teilhaushalt 61 - Stadtplanung und Stadtentwicklung | |
| 4.10.5.4 | Teilhaushalt 63 - Bauordnungsamt | |
| 4.10.6 | Dezernat IV - Stadtrat Bruns | |
| 4.10.6.1 | Teilhaushalt 10 - Organisation und Personalservice | |
| 4.10.6.2 | Teilhaushalt 16 - Städtische Datenverarbeitung | |
| 4.10.6.3 | Teilhaushalt 20 - Finanzen | |
| 4.10.6.4 | Teilhaushalt 66 - Konzern Stadt | |
| 4.10.6.5 | Teilhaushalt 99 - Allgemeine Finanzen | |
| 4.10.7 | Investitionsprogramm 2021-2025 | |

- 4.10.8 Stellenplan 2021/2022 (inkl. Änderungsübersicht)
- 4.11 Haushaltssatzung 2021/2022 der Stadt Wilhelmshaven

71/2021

- 5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss
- 6 Mitteilungen und Anfragen
- 6.1 Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung

1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, **Herr Becker**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde unverändert festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 15.02.2021

Herr Dr. von Teichman und **Herr Tönjes** bemängelten, dass ihnen das Protokoll nicht bekannt sei.

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 15.02.2021 wurde mit 9 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und einer Enthaltung genehmigt.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Stadtgutschein Wilhelmshaven

81/2021

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor.

Herr Oberbürgermeister Feist erklärte, dass der Stadtgutschein helfen soll die Wirtschaftskraft in Wilhelmshaven zu binden. Die Gutscheine sollen mit 80.000 € aus den noch verfügbaren Mitteln für Corona-Soforthilfen gefördert werden. Mit dieser Förderung könne man die Unternehmen indirekt unterstützen.

Auf Nachfrage von **Herrn Dr. von Teichman** berichtete **Herr Diers**, dass normalerweise für die Gutscheine 3,5 % Provision anfallen, man dieses Jahr jedoch darauf verzichte. Die Gelder für die eingelösten Gutscheine werden aktuell zweimal im Monat elektronisch an die Unternehmen ausbezahlt. Die Verwaltung der Gutscheine sei auch für die kommenden Jahre geregelt.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Die Stadt Wilhelmshaven bezuschusst den Stadtgutschein Wilhelmshaven mit einmalig 80.000 Euro.

4.2 Wirtschaftsplan GGS 2021

73/2021

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor.

Auf Nachfrage von **Herrn Dr. von Teichman** teilte **Herr Bruns** mit, dass bei den Eigenbetrieben GGS und TBW das maximale Umsetzungsvolumen der letzten beiden Jahre als Höchstgrenze für Investitionen vorgegeben wurde.

Herr Dr. von Teichman brachte einen Antrag der Gruppe FDP/FW ein. Demnach sollen die Mittel für einen Neubau einer Grundschule in Höhe von 7,6 Mio. € in 2021 gestrichen werden. Die Maßnahme „Grundschule Rheinstraße“ soll bereits im Jahr 2022 begonnen werden. Für die Sanierung der Kunsthalle sollen zusätzlich 360.000 € eingestellt werden. Außerdem sollen für die Sanierung der Kopperhörner Mühle und die Erweiterung der Kinder- und Jugendbibliothek Mittel eingestellt werden. Zudem soll überprüft werden, ob die Einrichtung einer weiteren Oberschule am Standort Paul-Hug-Straße tatsächlich weiterhin notwendig sei.

Frau Weinstock beantragte für den Änderungsantrag der Gruppe FDP/FW getrennte Abstimmung.

Herr Hellwig sprach sich gegen den Änderungsantrag der Gruppe FDP/FW aus. **Herr Hellwig** betonte, dass die Investitionen in die Bildung wichtig seien. Außerdem sei der Platzbedarf in den Schulen nicht nur von der Schüleranzahl abhängig. Die Sanierung der Kopperhörner Mühle, die Erweiterung der Kinder- und Jugendbibliothek und die Erhöhung der Mittel für die Sanierung der Kunsthalle seien, insbesondere mit Blick auf die aktuelle Haushaltslage, nicht notwendig.

Frau Bakir teilte mit, dass die SPD-Fraktion den Antrag noch nicht vorbesprochen habe und sich daher enthalten wird.

Herr Schönfelder rief in Erinnerung, dass der Rat erst kürzlich den Neubau der Grundschule beschlossen habe. Es müsste dann im Verwaltungsausschuss beraten werden, ob am bereits gefassten Beschluss festgehalten werden soll.

Herr Schönfelder wies auch darauf hin, dass mit dem Änderungsantrag die ordnungsgemäße Beschulung der Schüler gefährdet sei.

Herr Dr. Schulte sagte, dass die Grundschule Mühlenweg nicht ausgelastet sei und man Änderungen auch ohne Gefährdung der Schüler vornehmen könnte.

Herr Tönjes erklärte, dass der Antrag noch in der Gruppe besprochen werden muss und man sich daher enthalten wird. Man halte den Antrag zumindest teilweise für unterstützungswert.

Herr Dr. von Teichman begründete den eingebrachten Änderungsantrag und erklärte, dass eine getrennte Abstimmung nicht gewünscht sei. Man wolle keinen Antrag stellen, der zu einer Verschlechterung des Haushaltes führe. Die Streichung des Neubaus der Grundschule soll der Finanzierung der zusätzlich beantragten Maßnahmen dienen.

Frau Weinstock zog anschließend den Antrag auf getrennte Abstimmung zurück.

Herr Becker rief zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Gruppe FDP/FW auf.

Der *Änderungsantrag der Gruppe FDP/FW* wurde mit 2 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Es folgte eine Diskussion zwischen den **Herren Dr. von Teichman, Marusic, Becker, Oberbürgermeister Feist, Walpurgis, Hellwig, Tönjes, Mückenwarf, Harms, Reese** und **Frau Weinstock** über den Neubau einer Stadthalle. Es wurde die Möglichkeit eines Neubaus, die Finanzierung und der Standort thematisiert.

Im Rahmen dieser Diskussion wies **Herr Marusic** darauf hin, dass in 2019 der befristete Betrieb der aktuellen Stadthalle bis zum 31.12.2021 beschlossen worden sei. Sollte es Wille der Politik sein, könne die Verwaltung ermitteln welche Maßnahmen für die Weiterführung des Betriebes notwendig seien.

Herr Oberbürgermeister Feist betonte, dass für den Neubau einer Stadthalle mindestens 30 Mio. € benötigt würden, diese Mittel ständen derzeit absolut nicht zur Verfügung. Die Verwaltung sei dabei, unter anderem auch mit der Wilhelmshavener Touristik und Freizeit GmbH, eine Lösung zu finden.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Wirtschaftsplan 2021 des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGG) wird in der vorliegenden Fassung beschlossen. Kreditaufnahmen sind in Höhe von 12.134.000 € vorgesehen. Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 16.860.000 € festgesetzt.

4.3 Wirtschaftsplan TBW 2021

62/2021

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor.

Herr Dr. von Teichman brachte einen Änderungsantrag der Gruppe FDP/FW ein. Demnach sollen 750.000 € investive Mittel für das KMU-Programm gestrichen werden und im Gegenzug TBW 650.000 € für Straßensanierungen erhalten. Er begründete den Antrag damit, dass das KMU-Programm nicht zielführend sei und die Mittel bei der Straßensanierung benötigt werden.

Frau Glaser entgegnete, dass gerade in der aktuellen Zeit die Wirtschaftsförderung, insbesondere für Kleinstunternehmer, wichtig sei.

Herr Janßen berichtete, dass 90 % der bewilligten Anträge von Kleinstunternehmen mit bis zu 10 Mitarbeitern stammen und dies dem Ziel des KMU-Programmes entspreche. Bisher sind durch die Förderung ungefähr 500 Arbeitsplätze entstanden beziehungsweise erhalten worden.

Herr Mündenwarf sprach sich gegen den Änderungsantrag aus. Die SPD-Fraktion habe sich immer für die KMU-Förderung eingesetzt.

Herr Dr. Schulte erklärte, dass das KMU-Programm nicht sinnvoll sei und lediglich einen Mitnahmeeffekt erzielen würde.

Herr Marusic berichtete, dass die Mittel im Bereich der Straßensanierung zunächst ausreichen, allerdings könne mit den eingestellten Mitteln der Substanzwert nicht erhalten werden. Dies sei bereits im Betriebsausschuss TBW erläutert worden.

Herr Walpurgis bat die Verwaltung zu überprüfen, ob für die Straßensanierungen Fördermittel abgerufen werden könnten.

Herr Becker fragte, ob es möglich sei die nicht ausgeschöpften Mittel für das KMU-Programm für Straßensanierungen zur Verfügung zu stellen.

Herr Dr. von Teichman erklärte, dass Kompromissvorschläge sehr willkommen seien. Er betonte, dass auf keinen Fall zusätzliche Mittel ohne Einsparungen an anderer Stelle eingestellt werden sollten.

Herr Hellwig gab bekannt, dass die Gruppe CDU/WBV dem vorliegenden Änderungsantrag nicht zustimmen wird.

Herr Becker rief zur Abstimmung über den Änderungsantrag auf.

Der *Änderungsantrag der Gruppe FDP/FW* wurde mit 2 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Herr Dr. von Teichman kritisierte, dass für den Breitbandausbau keine Mittel im Wirtschaftsplan enthalten seien.

Herr Oberbürgermeister Feist antwortete, dass man sich um den Breitbandausbau kümmere. Darüber könne in einer Ratssitzung genauer informiert werden.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat beschließt den Wirtschaftsplan der Technischen Betriebe Wilhelmshaven, Eigenbetrieb der Stadt Wilhelmshaven, für das Wirtschaftsjahr 2021 in der vorliegenden Fassung.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen **Kreditaufnahmen** für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf **11.531.112 €** festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der **Verpflichtungsermächtigungen** wird auf **9.750.000 €** festgesetzt.

Der Höchstbetrag, bis zu dem **Liquiditätskredite** für das Wirtschaftsjahr 2021 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **6.000.000 €** festgesetzt.

4.4 Wirtschaftsplan 2021 der Wilhelmshavener Entsorgungszentrum und Logistik GmbH (WEL) **66/2021**

Die Beschlussvorlage wurde von **Herrn Becker** vorgetragen.

Herr Dr. von Teichman erkundigte sich, warum in der Begründung der Beschlussvorlage stehe, dass die WEL eine 100%ige Tochtergesellschaft der Stadt Wilhelmshaven sei.

Herr Müller erklärte, dass die WEL zwar eine Tochtergesellschaft des Eigenbetriebes TBW sei, dieser jedoch lediglich wirtschaftlich, nicht aber juristisch, selbstständig sei und damit zur Rechtsperson Stadt Wilhelmshaven gehört.

Beschluss: -zur Kenntnisnahme-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven nimmt den Wirtschaftsplan 2021 der Wilhelmshavener Entsorgungszentrum und Logistik GmbH (WEL) zur Kenntnis.

4.5 Wirtschaftsplan 2021 der Stadtwerke Wilhelmshaven GmbH **56/2021**

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor.

Herr Dr. von Teichman hinterfragte, ob die geringen Mittel ab dem Jahr 2022 für Investitionen wirklich realistisch seien. Außerdem wies er darauf hin, dass die Stadtwerke GmbH irgendwann eine Kapitalerhöhung benötigen würde.

Herr Müller berichtete, dass die Kapitalerhöhung bereits in der mittelfristigen Planung des Haushaltsplans berücksichtigt sei. Die Stadt hat in der Vergangenheit keine Gewinnausszahlung gefordert, daher könne die Stadtwerke GmbH die geplanten Verluste durch die Gewinnrücklage ausgleichen. Für die Cash-Lücke sei die Kapitalerhöhung eingeplant. Zu den Investitionen könne die Gesellschafterversammlung genauer informieren.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Dem Wirtschaftsplan 2021 der Stadtwerke Wilhelmshaven GmbH mit einem ausgewiesenen Verlust von 608.581 wird zugestimmt.

4.6 Wirtschaftsplan 2021 der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH **57/2021**

Die Beschlussvorlage wurde von **Herrn Becker** vorgetragen.

Herr Dr. von Teichman brachte hervor, dass die VHS/MS sich seit einigen Jahren wünscht, dass die Ermäßigungen für Bezieher von Arbeitslosengeld nicht mehr von der VHS/MS getragen werden müssen. Er bat darum diese Angelegenheit zu überprüfen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Dem Wirtschaftsplan 2021 der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH wird zugestimmt.

4.7 Wirtschaftsplan 2021 der Wilhelmshaven Touristik und Freizeit GmbH **55/2021**

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor.

Herr Dr. von Teichman berichtete, dass im Ausschuss für Kultur bereits ausführlich diskutiert worden sei. Er lobte besonders den virtuellen Stadtrundgang, welcher zum großen Teil gefördert wird und von der WTF GmbH mitfinanziert wird.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Dem Wirtschaftsplan 2021 der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH mit einem ausgewiesenen Verlust von 4.774.811 Euro wird zugestimmt.

4.8 Beschlussfassung zur Genehmigung des Wirtschaftsplanes 2021 des Reinhard-Nieter-Krankenhaus – Städtische Kliniken und soziale Versorgungseinrichtungen der Stadt Wilhelmshaven (RNK – Eigenbetrieb) **54/2021**

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor.

Anschließend gab es keine Wortmeldungen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der beiliegende Wirtschaftsplan des RNK – Eigenbetriebes 2021 wird beschlossen.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird für 2021 auf 4.550.000 € festgesetzt.

Der Höchstbetrag, bis zu dem Liquiditätskredite für das Wirtschaftsjahr 2021 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 4.000.000,00 € festgesetzt.

4.9 Wirtschaftsplan 2021 der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH

67/2021

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor.

Herr Dr. von Teichman lobte, dass der Wirtschaftsplan ausführlich erläutert sei. Er hinterfragte anschließend die in der Einleitung genannten Personalreduzierungen und die sprungfixen Kosten.

Herr Leinert erklärte, dass keine Personalreduzierungen vorgesehen seien. Mit den sprungfixen Kosten sei gemeint, dass nicht einzelne Stellen gestrichen werden könnten, sondern dann müssten ganze Abteilungen beziehungsweise Kliniken gestrichen werden.

Herr Prof. Dr. Goldmann ergänzte, dass bei Personalmangel der nicht kurzfristig gelöst werden kann Mitarbeiter von Agenturen „ausgeliehen“ werden. Diese Ausleihungen sollen aufgrund der höheren Kosten vermieden werden.

Im Wirtschaftsplan wird als Maßnahme die Kürzung der Verweildauer der Patienten angebracht. **Herr Dr. von Teichman** fragte, was die Ursachen für höhere Verweildauern seien.

Herr Prof. Dr. Goldmann erklärte, dass es durchschnittliche vorgegebene Verweildauern gebe und die im Klinikum im Einzelnen über diesen Durchschnitt liegen. Ursächlich dafür seien verschiedene Prozesse die optimiert werden müssten. Die Geschäftsleitung beschäftigt sich mit diesem Thema, das fordert allerdings Restrukturierungsmaßnahmen, welche nicht kurzfristig umgesetzt werden können.

Auf Nachfrage von **Herrn Dr. von Teichman** berichtete **Herr Prof. Dr. Goldmann**, dass die aktuell vorgehaltenen Leistungen kritisch überprüft werden sollten, da das Angebot einiger Leistungen bei zu geringen Fallzahlen aus qualitativer und ökonomischer Sicht nicht sinnvoll sei. Wenn bei einzelnen Leistungen zu geringe Fallzahlen anfallen, erhält das Krankenhaus dafür keine Erlöse von den Kostenträgern.

Herr Dr. von Teichman erkundigte sich, ob der geplante Anstieg der Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen wirklich realistisch sei.

Herr Leinert entgegnete, dass die Erlöse an die Zahlen aus dem Private Investor Test orientiert seien und diese nach der Corona-Pandemie realistisch seien.

Frau Glaser kritisierte, dass im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft keine detaillierten Sachfragen gestellt werden sollten. Im Aufsichtsrat sei ausführlich diskutiert worden.

Herr Münkenwarf lobte die Arbeit des Krankenhauses.

Herr Heinemann fragte weshalb ab dem Jahr 2021 ein positives Jahresergebnis geplant sei, obwohl in den vergangenen Jahren ein hohes negatives Jahresergebnis erzielt worden sei.

Herr Leinert erläuterte, dass im Jahr 2021 mit einem außerordentlichen Erlös in Höhe von 3,5 Mio. € geplant wurde. Dieser Erlös sei durch den Verkauf des Ärztehauses realisierbar. Ab dem Jahr 2022 gehe man davon aus, dass die genannten Maßnahmen für Einsparungen und Mehrerlöse zu einem positiven Ergebnis führen.

Herr Tönjes erkundigte sich, wo Mittel für Rechts- und Beratungskosten für Klagen bezüglich der Geschäftsführung eingeplant seien.

Herr Leinert berichtete, dass dafür Mittel enthalten seien und auch bereits eine Rückstellung gebildet worden sei.

Herr Dr. von Teichman fragte, wie die möglichen Sanktionen aufgrund der Unterschreitung der Pflegepersonaluntergrenze zu verstehen seien.

Herr Leinert teilte mit, dass ein Bundesgesetz pro Bett eine bestimmte Pflegepersonalanzahl vorschreibt. Sollte diese Vorgabe unterschritten werden, müsse man Betten reduzieren. Daher sei man besonders bemüht mehr Personal fest anzustellen.

Auf Nachfrage von **Herrn Dr. von Teichman** führte **Herr Leinert** aus, dass nach einer europaweiten Ausschreibung der Zuschlag für die Labordienstleistungen an einen Anbieter aus Osnabrück ging, dessen Angebot 800.000 € günstiger sei als die bisherigen Kosten. Man habe mit der Unterstützung eines externen Dienstleisters zuvor die Anforderungen der Ausschreibung reduzieren können.

Außerdem erläuterte **Herr Leinert** auf Nachfrage, dass dem Aufsichtsrat aufgrund des Einsparpotenzials die Schließung des Perinatalzentrums vorgeschlagen worden sei. Dies sei jedoch im Aufsichtsrat auf Ablehnung gestoßen.

Herr Dr. von Teichman kritisierte die Nutzung eines interdisziplinären Dienstplanes als Einsparmöglichkeit. Dies könne in der Praxis zu großen Schwierigkeiten führen.

Herr Prof. Dr. Goldmann erklärte, dass die Geschäftsführung die Aufgabe habe alle Einsparmöglichkeiten zu identifizieren und zu prüfen. Daher sollte auch ein interdisziplinärer Dienstplan geprüft werden. Bei dieser Prüfung werde das Krankenhaus von einer externen Firma unterstützt.

Herr Dr. von Teichman stellte weitere Fragen bezüglich des Neubaus. Thema war unter anderem die Fußbodenheizung, das Bettenhaus und die Lage des Hubschrauberlandeplatzes. **Herr Leinert** und **Herr Prof. Dr. Goldmann** beantworteten die Fragen.

Herr Walpurgis erkundigte sich, welche weiteren energetischen Maßnahmen bei im Neubau geplant seien und **Herr Leinert** erläuterte die vorgesehenen Maßnahmen.

Auf Nachfrage von **Herrn Heinemann** berichtete **Herr Müller**, dass für die Kreditaufnahme zur Finanzierung des Eigenanteils am Neubau auf Basis des Private Investor Tests mit einem Zinssatz in Höhe von etwa 1,7 % kalkuliert worden sei. (Anmerkung zu Protokoll: Der PIT aus dem Jahr 2017 weist als Zinssatz 1,75% aus.)

Herr Hellwig stellte einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Ende der Debatte.

Herr Tönjes zeigte Verständnis für den Antrag wies aber darauf hin, dass durch den Verzicht auf Klausurberatungen die Diskussionen in den Fachausschüssen geführt werden müssen.

Der *Antrag zur Geschäftsordnung auf Ende der Debatte* wurde mit 8 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen mehrheitlich angenommen.

Herr Becker rief anschließend zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Dem Wirtschaftsplan 2021 der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH (KW gGmbH) mit einem ausgewiesenen Verlust in Höhe von 225.000 € wird zugestimmt.

4.10 Haushalt 2021/2022 (inkl. Änderungsliste vom 24.02.2021)

4.10. Teilhaushalt 02 - Gleichstellung

1

- Keine Wortmeldungen -

4.10. Teilhaushalt 14 - Rechnungsprüfung

2

- Keine Wortmeldungen -

4.10. Dezernat I - Oberbürgermeister Feist
3

4.10. Teilhaushalt 03 - Wirtschaft- und Regionalmanagement
3.1
- Keine Wortmeldungen -

4.10. Teilhaushalt 13 - Kommunikation & Koordination
3.2

Frau Muth stellte in einem Vortrag den Teilhaushalt 113 – Kommunikation und Koordination vor. Sie zeigte auf, woraus sich die Aufwendungen zusammensetzen und führte dabei die Gründe für den Anstieg der Personalkosten aus.

Herr Tönjes hinterfragte, ob für die Erstellung der Protokolle über die Ratssitzungen eine weitere Stelle benötigt werde.

4.10. Dezernat II - Erster Stadtrat Schönfelder
4

4.10. Teilhaushalt 01 - Kultur
4.1

Herr Münkenwarf brachte den Änderungsantrag der SPD-Fraktion ein. Demnach soll der Verein „Klassik am Meer“ entsprechend seines Antrages 2.000 € Zuschuss erhalten.

Herr Becker rief zur Abstimmung über den Änderungsantrag auf.

Der *Änderungsantrag der SPD-Fraktion* wurde mit 3 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

4.10. Teilhaushalt 30 - Recht
4.2

- Keine Wortmeldungen -

4.10. Teilhaushalt 40 - Bildung und Sport
4.3

- Keine Wortmeldungen -

4.10. Teilhaushalt 32 - Bürgerangelegenheiten
4.4

- Keine Wortmeldungen -

4.10. Teilhaushalt 50 - Soziales

4.5

Herr Reese brachte einen Änderungsantrag der SPD-Fraktion ein. Demnach soll „pro familia“ einen Zuschuss in Höhe von 20.000 € erhalten.

Herr Dr. von Teichman erinnerte daran, dass die Krankenkassen bis zum 22. Lebensjahr die Verhütungsmittel bezahlen. Danach sei Eigenverantwortung gefordert.

Herr Hellwig gab bekannt, dass die Gruppe CDU/WBV den Antrag zustimmen werde.

Herr Tönjes erklärte ebenfalls, dass die Gruppe GUS dem Projekt von pro familia positiv gegenüberstehe und daher dem Antrag zustimmen werde.

Herr Becker rief zur Abstimmung über den Änderungsantrag auf.

Der *Änderungsantrag der SPD-Fraktion* wurde mit 11 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme mehrheitlich angenommen.

Anschließend brachte **Herr Reese** einen weiteren Änderungsantrag der SPD-Fraktion ein. Demnach soll die Aids-Hilfe einen Zuschuss in Höhe von 5.000 € erhalten.

Herr Dr. von Teichman wies darauf hin, dass es sich um eine freiwillige Leistung handelt, die genauestens überlegt werden müsse. Das Gesundheitsamt biete bereits umfassende Informationen.

Herr Hellwig schloss sich dessen an und verkündete, dass die Gruppe CDU/WBV den Änderungsantrag ablehnen werde.

Herr Reese hob hervor, dass das Gesundheitsamt in der aktuellen Zeit stark ausgelastet sei und kaum Unterstützung leisten könne. Außerdem sei der Betrag klein, habe jedoch eine große Signalwirkung.

Herr Becker rief zur Abstimmung über den Änderungsantrag auf.

Der *Änderungsantrag der SPD-Fraktion* wurde mit 5 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Herr Reese brachte einen weiteren Änderungsantrag der SPD-Fraktion ein. Demnach soll die Arbeitsloseninitiative einen Zuschuss in Höhe von 5.000 € erhalten.

Herr Walpurgis sprach sich für den Zuschuss aus.

Herr Hellwig betonte, dass es sich auch um eine freiwillige Leistung handelt und sprach sich gegen den Zuschuss aus.

Herr Tönjes sagte, dass 5.000 € in diesem außergewöhnlichen Jahr zu wenig seien. Die Arbeitsloseninitiative sorgt für Entlastungen in den Behörden und sollte unterstützt werden.

Herr Dr. von Teichman teilte mit, dass die Arbeitsloseninitiative einen Zuschuss in Höhe von 14.000 € beantragt habe. Der Landkreis Friesland bezuschusst die Initiative mit 2.000 € und insgesamt erhält die Arbeitsloseninitiative Spenden und Zuschüsse in Höhe von 5.000 €. Die Stadt Wilhelmshaven würde also einen so hohen Zuschuss bezahlen, wie alle anderen zusammen. Das Jobcenter sei für die Unterstützung der Arbeitslosen ausreichend ausgestattet.

Herr Reese und **Frau Bakir** erklärten, dass es immer mehr Ratsuchende gebe und ein Zuschuss sozial gerecht sei.

Herr Oberbürgermeister Feist verkündete, dass er als Ratsmitglied dem Änderungsantrag zustimmen werde.

Herr Becker rief zur Abstimmung über den Änderungsantrag auf.

Der *Änderungsantrag der SPD-Fraktion* wurde mit 5 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

4.10. Teilhaushalt 51 - Jugend

4.6

- Keine Wortmeldungen -

4.10. Zuschuss zu den Sach- und Personalkosten des Vereins zur Förderung
4.6.1 der kommunalen Prävention (VKP) in WHV

43/2021

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor.

Herr Hellwig teilte mit, dass die Gruppe CDU/WBV dem Zuschuss, insbesondere aufgrund der Höhe, weiterhin kritisch gegenüberstehe.

Herr Schönfelder berichtete, dass im Fachausschuss der Beschlussvorlage deutlich zugestimmt wurde. Die Mittel sollten zunächst eingestellt werden und nach der Wirkungsanalyse freigegeben werden. Wenn die Wirkungsanalyse nicht ausreichend sei, müsse keine Auszahlung erfolgen.

Herr Tönjes hinterfragte, ob Herr Schönfelder als Mitglied des Vorstandes des Vereins an der Beratung teilnehmen dürfe. Er kritisierte, dass die umfangreiche Wirkungsanalyse zu kurzfristig zur Verfügung stand und gab bekannt, dass die Gruppe GUS sich zunächst enthalten wird.

Herr Schönfelder erklärte, dass er keinem Mitwirkungsverbot unterläge.

Herr Dr. von Teichman betonte, dass der Verein auch durch die Polizei unterstützt werde, die Kriminalität in Wilhelmshaven aber ein großes Problem sei. Er werde sich zunächst enthalten.

Herr Dr. Schulte berichtete, dass im Jugendhilfeausschuss ausführlich diskutiert worden sei und dort der Verein einen Vortrag gehalten habe. Das Geld soll erst nach der Wirkungsanalyse fließen, diese müsse daher zum Zeitpunkt der Beschlussfassung noch nicht durchgearbeitet worden sein.

Herr Mückenwarf informierte, dass die SPD-Fraktion sich zunächst enthalten werde, dem Zuschuss aber positiv gegenüberstehe.

Auf Nachfrage von **Herrn Becker** erklärte **Herr Schönfelder**, dass die Stadt früher eigene Mitarbeiter für die Prävention hatte. Man habe diese Stellen jedoch abgeschafft und sich für die Prävention durch den Verein entschieden. Die Verwaltung sei auf die vielen Angebote des Vereins angewiesen. Sollte der Verein seine Tätigkeiten nicht im bisherigen Umfang fortsetzen können, sei dafür eine Stelle innerhalb der Verwaltung erforderlich.

Herr Hellwig teilte mit, dass die Gruppe CDU/WBV sich zunächst enthalten wird.

Frau Bakir hob hervor, dass die Polizei auch einen Präventionsbereich habe, dieser aber nicht ausreichend sei. Der Verein sei grundsätzlich wichtig, aber die Höhe des Zuschusses müsse kritisch betrachtet werden.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Jugendhilfeausschuss spricht sich dafür aus, dass der Verein zur Förderung der kommunalen Prävention in Wilhelmshaven e.V. für den Betrieb einer Geschäftsstelle Prävention einen Zuschuss in Höhe von 57.000 € pro Jahr erhält.

Der Zuschuss wird für den Zeitraum 01.01. bis 31.12.2022 gewährt und schließt unmittelbar an den laufenden Förderzeitraum an (01.04.2020 – 31.12.2021).

Mittel in dieser Höhe sollen im Rahmen des anstehenden Doppelhaushalts 2021/2022 eingestellt / eingebracht werden und bedürfen des dortigen Beschlusses.

Im Falle einer Bewilligung erfolgt eine Auszahlung erst nach Feststellung einer wirtschaftlichen und nachhaltigen Präventionsarbeit im Rahmen einer fundierten Wirkungsanalyse des VKP durch den Fachausschuss.

Der VKP wird aufgefordert, verstärkte Anstrengungen zur Refinanzierung seiner Aufwendungen durch Dritte zu unternehmen, damit der Zuschuss der Stadt zurückgeführt werden kann.

4.10. Teilhaushalt 53 - Gesundheit

4.7

- Keine Wortmeldungen -

4.10. Teilhaushalt 58 - Jobcenter

4.8

- Keine Wortmeldungen -

4.10. Dezernat III - Stadtbaurat Marusic

5

4.10. Teilhaushalt 36 - Umwelt- und Klimaschutz

5.1

- Keine Wortmeldungen -

4.10. Teilhaushalt 37 - Feuerwehr

5.2

Herr Dr. von Teichman wies darauf hin, dass die Stellenanzahl im Bereich der Feuerwehr enorm hoch sei.

4.10. Teilhaushalt 61 - Stadtplanung und Stadtentwicklung

5.3

- Keine Wortmeldungen -

4.10. Teilhaushalt 63 - Bauordnungsamt

5.4

- Keine Wortmeldungen -

4.10. Dezernat IV - Stadtrat Bruns

6

4.10. Teilhaushalt 10 - Organisation und Personalservice

6.1

Herr Hellwig brachte einen Änderungsantrag der Gruppe CDU/WBV ein. Demnach sollen die in 2021 eingeplanten Mittel für die leistungsbezogene Besoldung der Beamten gestrichen werden. Für 2022 sollen die Mittel auf 100.000 € und für 2023 auf 200.000 € reduziert werden.

Herr Mündenwarf erklärte, dass die SPD-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen werde, insbesondere da Bund, Länder und 65% der Kommunen leistungsorientierte Besoldung an Beamte zahlen und Beamte und Beschäftigte gleichbehandelt werden sollten.

Herr Oberbürgermeister Feist informierte, dass in einigen Bereichen Beamte und Beschäftigte gleichartige Tätigkeiten ausführen, dort sei es schwer zu begründen, warum der eine Mitarbeiter eine leistungsorientierte Besoldung erhält und der andere nicht. Außerdem sei die leistungsorientierte Besoldung an Zielvereinbarungen geknüpft und dort werden teilweise Teamziele herangezogen. Es sei auch deshalb problematisch, wenn ein Teammitglied die Möglichkeit der leistungsorientierten Besoldung habe und ein anderes Teammitglied nicht.

Frau Glaser und **Herr Becker** begründeten den Antrag damit, dass es sich um eine freiwillige Leistung handeln würde und die Beschäftigten auch viele Jahre auf die leistungsorientierte Besoldung hätten warten müssen.

Herr Dr. von Teichman teilte mit, dass seiner Auffassung nach gesetzlich geregelt sei, dass Beamte und Beschäftigte gleichbehandelt werden müssten, wenn man die leistungsorientierte Bezahlung auch für Beamte einführt. Dies sei bei einem Abschlag der Zahlungen nicht der Fall. Er betonte außerdem, dass die Verwaltung die späte Auszahlung an die Beschäftigten nicht verschuldet habe.

Herr Bruns entgegnete, dass ohne eine leistungsorientierte Besoldung für Beamte die Stadt Wilhelmshaven einen Wettbewerbsnachteil habe.

Auf Nachfrage von **Herrn Becker** teilte **Herr Bruns** mit, dass die derzeit eingestellten Mittel prozentual analog der tariflich Beschäftigten festgelegt worden sei. Ob, wie beantragt, ein Stufenplan möglich sei, müsste noch geprüft werden.

Herr Becker rief zur Abstimmung über den Änderungsantrag auf.

Der *Änderungsantrag der Gruppe CDU/WBV* wurde mit 5 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

4.10. Teilhaushalt 16 - Städtische Datenverarbeitung

6.2

- Keine Wortmeldungen -

4.10. Teilhaushalt 20 - Finanzen

6.3

Herr Müller stellte kurz die Zahlen des Teilhaushaltes 20 – Finanzen vor.

Es gab daraufhin keine Wortmeldungen.

4.10. Teilhaushalt 66 - Konzern Stadt

6.4

Herr Müller stellte in einem kurzen Vortrag den Teilhaushalt 66 – Konzern Stadt vor. Er ging hierbei besonders auf den Eigenbetrieb Technische Betriebe Wilhelmshaven und auf die Stadtwerke GmbH ein.

Herr Dr. von Teichman fragte, ob der Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude Stadt Wilhelmshaven (GGS) einen Ausgleich aufgrund der Nichtnutzung der Stadthalle erhält. Darüber sei in der Vergangenheit eine Sondervereinbarung getroffen worden, da der Kredit für die Stadthalle weiterlaufe.

Herr Müller informierte, dass es Sonderabschreibungen bei GGS gibt. Eine Sonderzahlung sei aktuell nicht vorgesehen.

Herr Becker brachte einen Änderungsantrag der WBV ein. Demnach soll die Stadt den Verwaltungsrat und den Vorstand der Sparkasse auffordern zu prüfen, inwieweit eine Gewinnabführung an den Träger möglich sei. **Herr Becker** begründete den Antrag und betonte, dass die Stadt auf den Gewinn keinen Zugriff mehr hätte, wenn die Sparkasse irgendwann nicht mehr zur Stadt gehören würde.

Herr Walpurgis und **Herr Dr. von Teichman** erinnerten daran, dass ein solcher Antrag vor einigen Jahren bereits gestellt worden sei. Die Sparkasse habe die Gewinnauszahlung damals kritisch gesehen.

Herr Heinemann erklärte, dass die Auszahlung aus Gewinnen versteuert werden müsse. Wenn die Sparkasse das Geld für gute Zwecke spendet, sei eine Versteuerung nicht nötig.

Herr Becker kritisierte, dass die Spenden seitens der Sparkasse stark rückläufig seien und rief anschließend zur Abstimmung über den Änderungsantrag auf.

Der *Änderungsantrag der WBV* wurde mit 8 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen einstimmig angenommen.

4.10. Teilhaushalt 99 - Allgemeine Finanzen 6.5

Herr Müller stellte den Teilhaushalt 99 – Allgemeine Finanzen vor. Er zeigte dabei auf wie sich die Erträge zusammensetzen.

Es gab im Anschluss keine Wortmeldungen zum Teilhaushalt Allgemeine Finanzen.

4.10. Investitionsprogramm 2021-2025 7

- Keine Wortmeldungen -

4.10. Stellenplan 2021/2022 (inkl. Änderungsübersicht) 8

Herr Bruns gab eine redaktionelle Änderung des Stellenplanes bekannt. Im Fachbereich Gesundheit seien zwei Stellen für tariflich Beschäftigte (EG 14) vorgesehen, diese Stellen sollen nun auch für Beamte geöffnet werden.

4.11 Haushaltssatzung 2021/2022 der Stadt Wilhelmshaven**71/2021**

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor.

Herr Dr. von Teichman regte an, dass die enthaltenen Zuschüsse, welche auf der Übersicht Zuschüsse/ Zuwendungen aufgelistet sind, in den zuständigen Fachausschüssen überprüft werden sollten.

Herr Schönfelder erklärte auf Nachfrage, dass die vorgelegten Zuschussanträge nur beraten werden, wenn ein Ratsmitglied einen Antrag auf Zustimmung des Zuschussantrages stellt.

Herr Hellwig teilte mit, dass noch Beratungsbedarf innerhalb der Gruppe CDU/WBV bestehe und man daher zunächst vorbehaltlich zustimmen werde.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

1. Der Rat beschließt die Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2021 und 2022 einschließlich des Haushaltsplanes und des Investitionsprogrammes unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen und Haushaltsvermerke sowie der Anlagen zum Haushaltsplan.
2. Der Rat beschließt gem. § 182 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) auf die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes für die Haushaltsjahre 2021 und 2022 zu verzichten.

5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

- Keine -

6 Mitteilungen und Anfragen

Herr Müller informierte, dass der Konzern Stadt keinerlei Finanzbeziehung zu der aktuell in den Schlagzeilen geratenen Bank habe.

Auf Nachfrage von **Herrn Dr. von Teichman** erklärte **Frau Muth**, dass die Verwaltung sich bezüglich der Erneuerung des Verfahrens für die Fraktions- und Gruppenzahlungen an die Empfehlung des Landesrechnungshofes hält und zu Beginn der neuen Legislaturperiode eine neue Satzung erarbeitet.

6.1 Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung

- Keine Wortmeldungen -

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 20:06 Uhr

Bruns
Stadtkämmerer

Becker
Vorsitzender

Zahn
Protokollführerin